

A n t r a g

der Fraktion der FREIE WÄHLER

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 18/1800 –

Landeshaushaltsgesetz 2022

Sonderprogramm Frühkindliche Betreuung und schulische Bildung für die auf Grund des Krieges in der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendliche

Der Landtag stellt fest:

Seit Ende Februar sind auf Grund des Krieges in der Ukraine mehrere Millionen Menschen auf der Flucht. Rheinland-Pfalz sollte nach derzeitigen Schätzungen mit mindestens 20 000 Flüchtlingen rechnen, die kurzfristig aufgenommen werden müssen. Da es sich in der Regel um Frauen mit deren Kindern handelt, ist weiter davon auszugehen, dass wir mit ca. 12 000 - 15 000 Kindern und Jugendlichen rechnen müssen. – Diese Kinder haben ein Recht auf Betreuung und Schulbildung in Deutschland.

Kindertagesstätten und Schulen müssen auf die Bewältigung dieser Aufgabe vorbereitet sein.

Hierfür benötigen unsere Kindertagesstätten sowie schulischen Bildungseinrichtungen temporär zusätzliches Personal und Räumlichkeiten.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass einige Kinder und Jugendliche auf Grund der Fluchterfahrungen psychologisch begleitet werden müssen.

Für die Überwindung der anfänglichen Sprachbarrieren ist mit Sprachförderung zu unterstützen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Ein Sonderprogramm „Frühkindliche Betreuung und schulische Bildung für auf Grund des Krieges aus der Ukraine geflüchtete Kinder und Jugendliche“ aufzulegen und dies im Landeshaushalt einzustellen;
- die Träger der frühkindlichen Betreuung und schulischen Bildung bei der Bewältigung dieser Zusatzaufgabe durch Kostenübernahme zu entlasten;
- das Konnexitätsprinzip einzuhalten.

Für die Fraktion
Stephan Wefelscheid

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber